

Durch eine kritische Haltung sich selbst gegenüber befähigt man sich zu einer vernünftigen Kritik gegenüber unserer eigenen Gesellschaft, Nation, struktureller Gewalt in Kulturen und sogar unserer eigenen buddhistischen Tradition. Mit einer solchen Einstellung wird man Unterdrücker, Kapitalisten oder Diktatoren nicht hassen. Man muß vielmehr seinen entwickelten Verstand benutzen, um unterdrückerische Systeme und strukturelle Gewalt zu zerstören.

Meditation ist eine starke Waffe gegen Kapitalismus, Konsumwahn, Sexismus, Militarismus und ähnliches. Sie ist auch die Voraussetzung, die Menschenrechte richtig zu verstehen.

Der Dalai Lama hat viele von uns dazu inspiriert, unsere Feinde zu lieben, während wir gleichzeitig die Saat des Friedens aufgehen lassen und Alternativen zu Kapitalismus und anderen unterdrückerischen Systemen entwickeln. Ich bin fest davon überzeugt, daß Tibet eines Tages von der chinesischen Fremdbestimmung befreit sein wird und die Tibeter uns einen Weg weisen werden zu einem richtigen Verständnis der Menschenrechte.

Burmas Militärjunta wird Aung San Suu Kyi sicher noch länger in Arrest halten können. Doch die moralische Stärke und der Mut dieser kleinen Frau werden eines Tages die Burmesen zur Freiheit führen.

Nachdem die Amerikaner Kambodscha den Roten Khmer überlassen hatten und das Land vor mehr als zehn Jahren von den Vietnamesen besetzt wurde, glaubte niemand mehr an einen erneuten Frieden. Als ich begann, dem ehrwürdigen Maha Gosananda bei seiner Friedensarbeit in den Flüchtlingslagern der Khmer zu helfen, hatten wir es mit einem großen Gewaltpotential zu tun. Aber der ehrwürdige Vater war so von seinen Friedensgedanken durchdrungen und von seinen Worten und Taten überzeugt, daß er uns aufforderte, Versöhnungsworkshops für rivalisierende Khmer-Mönche und Laien durchzuführen. So legte er Friedenspfade durch die Kriegsgebiete an. Dieses Beispiel muß bekannt gemacht werden. Ähnlich gingen wir in Burma, Nepal, Bangladesch und Sri Lanka vor.

Ich bin natürlich privilegiert durch meine Friedensarbeit in der Thai-Gesellschaft und die Zusammenarbeit mit guten Freunden in dem Internationalen Netzwerk engagierter Buddhisten, das Verbindungen hat zu der *Buddhist Peace Fellowship* in den USA und ähnlichen Organisationen in Europa und Japan, um uns von den drei Wurzeln des Übels zu befreien und die unterdrückerischen Systeme in meinem Land und meinem Teil der Welt herauszufordern.

Trotz sozialer und politischer Unterdrückung und Umweltzerstörung hat

meine Vision von einer erneuerten Gesellschaft und Befreiung der Menschen eine reale Basis, da viele von uns als gute Freunde (*kalayanamitta*) zusammenarbeiten.

Wenn wir uns der Außenwelt zuwenden, so sagt Buddha, ist *kalayanimitta* für jeden das Wichtigste. Wir brauchen gute Freunde und Weggefährten. So können wir von anderen lernen, um uns selbst zu entwickeln und unserer Gesellschaft zu Frieden und Gerechtigkeit zu verhelfen, indem wir bei uns selbst anfangen.

Nur mit guten Freunden können wir ein weniger egoistisches Bewußtsein entwickeln und somit die Gesellschaft dahingehend verändern, daß sie frei von Unterdrückung und Ausbeutung ist. Das ist sicher nicht leicht, aber möglich.

Sulak Sivaraksa

Der Verfasser ist buddhistischer Sozialkritiker der modernen thailändischen Gesellschaft, aktiv in der Thai Inter-Religious Commission for Development und dem International Network of Engaged Buddhist und war 1995 einer der Träger des alternativen Nobelpreises. Bei dem Beitrag handelt es sich um das Referat mit dem Titel "Buddhist Perception of Human Rights", das er auf der gemeinsamen Tagung des Südasiensbüros und der Südostasien Informationsstelle "Asiatische Werte kontra Menschenrechtsimperialismus?" in Eringerfeld/Geseke vom 13. bis 15.10.95 gehalten hat. Übersetzung aus dem Englischen von Desmond Seufert.

Vereinigung traditioneller asiatischer und westlicher Werte zum Schutz der universellen Menschenrechte

Ich möchte gegenüber der Südostasien Informationsstelle und dem Südasiensbüro meinen Dank für die Einladung und für die Gelegenheit zur Teilnahme an dieser Tagung zum Ausdruck bringen. Mein Vortrag steht unter der Überschrift "Die Vereinigung traditioneller asiatischer und westlicher Werte zum Schutz der universellen Menschenrechte".

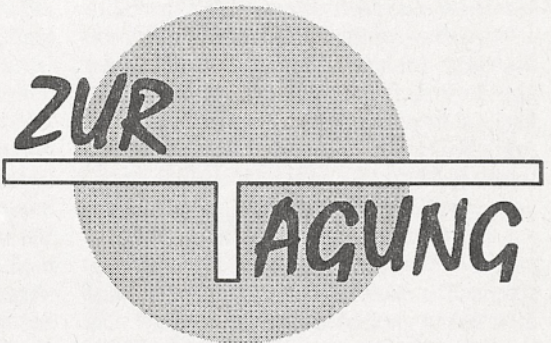
Die asiatisch-pazifische Region verfügt gegenwärtig weder über regionale noch unterhalb dieser Ebene angesiedelte Mechanismen, die sich der Menschenrechtsfrage annehmen. Eine Möglichkeit, dies zu ändern, besteht darin, sich um eine vorbehaltlose Ratifizierung aller in-

ternationalen Menschenrechtsinstrumente zu bemühen. Später würde dann die Übertragung dieser Instrumente in nationales Recht erfolgen müssen.

Eine andere, vielleicht schwierigere und daher umso dringlicher zu verwirklichende Möglichkeit basiert darauf, mehr Bewußtsein und Sensibilität hinsichtlich der Notwendigkeit zu erzeugen, eine verantwortungsvolle, transparente und unabhängige Einrichtung zur Prüfung von Menschenrechtsfragen zu entwickeln. Dabei stellt sich ein nicht nur auf die Region Asien-Pazifik begrenztes Problem, nämlich die bei Regierungen und ihren Verbündeten bestehenden

mental Blockaden sowie überholten Meinungen, die im Ausdruck jeglicher Sorge um die Einhaltung der Menschenrechte nichts anderes als eine aufdringliche und unerwünschte Einmischung des Westens sehen.

Es sei daran erinnert, daß in Indien, noch vor Christi Geburt, der große buddhistische Kaiser Ashoka in einem Edikt eine noch heute wichtige Aussage formulierte: "Alle Beamte des Kaisers seien davor gewarnt, einen Untertan zu veranlassen, sich über Folterungen durch die Beamtenschaft zu beklagen. Der Zorn des Herrschers wird jeden Beamten treffen, der sich dessen schuldig macht."





Ravi Nair zu Besuch im Asienhaus

Foto: W. Keller

Im 12. und 13. Jahrhundert ließen die großen Könige von Kandy, im heutigen Sri Lanka, die Todesstrafe in ihrem Herrschaftsbereich aufheben. Im mittelalterlichen Indien bat der Dichter Vemana, der in der südindischen Sprache Telugu schrieb, seine Könige um etwas, das in vielen Ländern noch heute nicht gewährleistet ist: Es ging um die Anhörung eines Angeklagten, bevor ein Todesurteil verhängt wurde. Er sprach sich also für etwas aus, daß wir heute als fairen Prozeß bezeichnen würden. Noch bevor viele europäische Staaten die Todesstrafe aufhoben, tat dies Nepal; aus der Überzeugung heraus, daß die Todesstrafe unvereinbar mit dem hinduistischen Konzept des Respekts gegenüber dem Leben sei.

In Indien begann die Suche nach den Menschenrechten nicht erst mit der Verabschiedung der *Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte* im Jahre 1948. Jene formte sich in der Feuerprobe des von Mahatma Gandhi angeführten anti-kolonialen Kampfes gegen den britischen Imperialismus. Unser durch 150 Jahre Kolonialismus getrübt geschichtliches Gedächtnis brauchte keine westeuropäischen Regierungen oder Eliten zur Inspiration. Es schaute zum Beispiel auf die Philippinen, die das Joch des spanischen Kolonialismus abwarfen. Indien nahm auch Anteil an dem Leid, das bei den mißglückten Versuchen der Filipinos entstand, die "Pax Amerika" abzuwehren. Gandhi fand Zuflucht bei dem amerikanischen Philosophen Thoreau, dessen Ausspruch: "Der Platz eines jeden gerechten Mannes in einer ungerechten Gesellschaft ist das Gefängnis", er mit dem religiösen Konzept Jain's, das auf Entsagung und Seelenstärke im Angesicht der Verschiedenheit beruhte, verband. Dieses Amalgam gab Gandhi die Waffe des "Satyagraha" bzw. des zivilen Ungehorsams in die Hand. Die Mächtigen in Asien, Indien eingeschlossen, gehen offensichtlich recht sparsam mit der Wahrheit um oder ignorieren die eigene Geschichte.

Viele von uns, auch die indische Regierung, werden sich gerne daran erinnern, daß Indien als erster Staat eine Menschenrechtsfrage, nämlich die Apartheid, vor die Vereinten Nationen brachte. Einige westliche Mächte mit riesigen kolonialen Besitzgütern zeigten sich wenig erfreut über diese Initiative. K.P.S. Menon, der spätere Außenminister Indiens, erinnerte die versammelten Delegierten daran, daß keine Menschenrechtsfrage lediglich als interne Angelegenheit eines Staates betrachtet werden könne – die Initiative Indiens wurde später zur wichtigsten Basis für den Kampf gegen die Apartheid unter dem Mantel der Vereinten Nationen.

Die Regierungen der asiatisch-pazifischen Region reagieren zunehmend spitzfindiger auf internationale Kritik an der Menschenrechtssituation in ihren Ländern. Auf der Wiener Menschenrechtskonferenz im Jahre 1993 wurde nicht zum ersten Mal versucht, Informationen zu verbergen, zu verfälschen oder zu verdunkeln. Hier hat sich in den vergangenen Jahren vor allem das "schmutzige Dutzend" hervorgetan. Autoritäre Staaten, die zusammenarbeiten, um jeglichen Fortschritt im internationalen Menschenrechtsschutz zu blockieren. Anfang 1995 kam es nur deshalb nicht zu einer Verurteilung Chinas vor den Vereinten Nationen, weil andere Staaten als Lobbyisten Chinas auftraten. Dazu zählten Kuba, Mexiko, Kenia, Zaire, Algerien, Sudan, Iran, Indien, Pakistan, Malaysia, Singapur und Jemen. Trotz ideologischer Unterschiede ist diesen politischen Eliten doch die Angst gemein, daß das Gespenst der Menschenrechte ihre Bevölkerungen infizieren und sie selbst auf dem Müllhaufen der Geschichte landen könnten.

An einem Ende dieses Spektrums steht der oberste Lehrmeister des asiatischen Autoritarismus, Lee Kuan Yew, dem – einem Echo gleichkommend – der malaysische Premierminister Mahathir Mohammed nachzueifern scheint. Deren Vision des nächsten Jahrhunderts läßt nicht viel Platz für die Achtung von Menschenrechten. Umweltschützer in Sarawak, religiöse oder andere Führer, die von der offiziell vorgegebenen Linie abweichen, werden solange gejagt und auch eingesperrt, bis sie ihre "Erleuchtung" erhalten und sie zum "rechten Pfad" zurückfinden. In ihrem System gibt es keine Gewerkschaften für die Arbeiterinnen und Arbeiter in den Freihandelszonen; angestachelte Banden von Jugendlichen werden auf den politischen Gegner und die freie Presse gehetzt und illegale Immigranten aus Bangladesch verwenden im Gefängnis. Ist das die Vision 2000?

Auf der anderen Seite des Spektrums stehen Regierungen wie die von Indien oder Indonesien, die versuchen, die Frage der internationalen Kontrolle bezüglich

der Einhaltung der Menschenrechte geschickter anzugehen. Sie fahren mit der Unterdrückung ihrer Bevölkerung in Osttimor und Aceh fort, soweit es Indonesien angeht und unterdrücken im Falle Indiens die Menschen in Kaschmir und im Nordosten des Landes. All dies geschieht, obwohl man behauptet, zu den funktionierenden Demokratien dieser Welt zu zählen. Um dem Bollwerk internationaler Kontrolle und Rechenschaft etwas entgegenzusetzen, gründet man nationale Menschenrechtskommissionen. Das Abhalten von periodischen Wahlen macht aus einem Land noch lange keine funktionierende Demokratie.

China hat das internationale Abkommen gegen Folter unterzeichnet und trotzdem müßte man, gleich dem Vogel Strauß, seinen Kopf in den Sand stecken, um nicht erkennen zu können, daß es in diesem Land zu Folterungen kommt. Indien hat sowohl die Vereinbarung über die zivilen und politischen Rechte (ICCPR) als auch die über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte unterzeichnet. Der letzte Bericht Indiens an die Menschenrechtsversammlung der Vereinten Nationen ist allerdings schon seit sechs Jahren überfällig. Über das Ablegen von Rechenschaft bezüglich der Vereinbarung über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte verliert man am besten kein Wort. Seit ihrer Unterzeichnung vor 20 Jahren wartet man immer noch vergeblich auf einen ersten Zwischenbericht Indiens. Wenn man sich die Vorgehensweise anderer asiatischer Staaten anschaut, so sieht es dort nicht besser aus.

All diese Praktiken haben bisher jedoch noch nicht zu einer entsprechenden und angemessenen Reaktion durch Nichtregierungsorganisationen geführt. Die einzige Ausnahme war die Bangkok NGO-Menschenrechts-Erklärung von 1993. Es muß von dieser Seite noch viel getan werden. So haben die koreanischen Menschenrechtsorganisationen die Initiative ergriffen, um baldmöglichst eine asienweite Konferenz über die verschiedenen nationalen Sicherheitsgesetze zu organisieren.

Ravi Nair

Der Autor ist Geschäftsführer des South Asia Human Rights Documentation Centre, Neu Delhi. Bei dem Beitrag handelt es sich um die Kurzfassung eines Referats auf der gemeinsamen Tagung des Südasienbüros und der Südostasien Informationsstelle "Asiatische Werte kontra Menschenrechtsimperialismus?" in Eringerfeld/Geseke vom 13. bis 15.10.95. Übersetzung aus dem Englischen von Martin Peter Housch und Walter Keller.